

Der Präsident

Frau
Bundesministerin
Lisa Paus, MdB
Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend
Glinkastraße 24
10117 Berlin

Nur per E-Mail

09.09.2022

Absicherung sozialer Einrichtungen und Dienste der Daseinsvorsorge und von Menschen mit geringem Einkommen in der Energiekrise

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

die dynamische und sich weiter abzeichnende kritische Preisentwicklung, vor allem im Energiesektor, und möglicherweise entstehende Engpässe bei der Versorgung mit Energie erfüllen die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege mit großer Sorge.

Neben der Frage einer sozialen Abfederung der zu erwartenden Preissteigerung für Privathaushalte mit geringeren Einkommen, ist auch zu beachten, dass und wie sich durch die Energie- und Lebensmittelpreissteigerungen die Situation der Menschen verändert, die in den unseren Verbänden angeschlossenen Einrichtungen leben bzw. von Diensten Leistungen beziehen. Die ca. 120.000 Einrichtungen und Dienste der Daseinsvorsorge sind direkt und indirekt erheblich von den Preisexplosionen betroffen.

Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege erreichen akute Notsignale, dass der Betrieb in Einrichtungen und Diensten der sozialen Daseinsvorsorge in Anbetracht des enormen Preisschubes perspektivisch nicht aufrechterhalten werden kann und sie in ihrer Existenz gefährdet sind. Nachverhandlungen lehnen die Kostenträger vielerorts ab.

Wir haben in Anbetracht der aktuellen und sich abzeichnenden Entwicklungen die begründete Befürchtung, dass es ohne eine konzertierte Unterstützung des Bundes für die Einrichtungen im Herbst/Winter 2022/23 zu einer spürbaren Einschränkung der sozialen Dienstleistungsangebote und gar zu einer Vielzahl von Insolvenzen kommen wird: Die Versorgung mit sozialen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge ist gefährdet und mit ihr die Versorgung genau jener Menschen, die in dieser Krise auf Unterstützung besonders angewiesen sind!

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege setzen sich dafür ein, dass für die Einrichtungen der Daseinsvorsorge ein Schutzmechanismus etabliert wird. Wir brauchen zudem in allen sozialen Bereichen und Sozialgesetzbüchern eine gesetzlich verankerte Möglichkeit beschleunigter Nachverhandlung, da zweifellos unvorhergesehen und unverschuldet entscheidende Änderungen in den Kalkulationsgrundlagen der prospektiv zu führenden Vergütungsverhandlungen eingetreten sind.

Wir haben in der beigefügten Anlage zu diesem Schreiben Details zu den genannten Vorschlägen ausgearbeitet. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne jederzeit zur Verfügung.

Ein gleichlautendes Schreiben ging auch an Herrn Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, Herrn Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, Herrn Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach und an Herrn Bundesfinanzminister Christian Lindner.

Mit freundlichen Grüßen



Ulrich Lilie
Präsident